

CHILES WEG ZUM FASCHISMUS

Am 11. September wurde in Chile die in freien Wahlen an die Macht gekommene Volksfrontregierung (Unidad Popular, UP) durch einen gewaltsamen Putsch der Militärs gestürzt. Konservative und Reaktionäre in aller Welt rieben sich im stillen die Hände und verkündeten schadenfroh, daß Demokratie und Marxismus nicht miteinander vereinbar seien und daß diese Volksfrontregierung an sich selbst gescheitert sei. Daß sie gescheitert ist, wird keiner bestreiten.

Wir wollen im folgenden die Entwicklung bis zum Putsch darlegen und die Gründe aufzeigen, die zum Scheitern des Experiments führten, auf einem friedlichen und demokratischen Weg den Sozialismus zu erreichen.

+

Der Putsch war das Ende einer Entwicklung, die darauf abzielte, den Marxisten Allende aus den Machtpositionen zu verdrängen und die Machtverhältnisse der 60er Jahre wiederherzustellen. Damals besaßen 5% der Bevölkerung 27% des Volksvermögens, 50% mussten sich mit nur 17% abfinden. Auländischen, vor allem US-amerikanisches Kapital kontrollierte Chiles Wirtschaft; 80% der chemischen Industrie, 50% der Metallindustrie, 43% der Nahrungsmittelproduktion. Unter dem Christdemokraten Frei war das Brutto-sozialprodukt mit 2,5% kaum mehr gewachsen als die Bevölkerung, Hunderttausende waren arbeitslos.

Dies war die "Lage der Nation", als am 4.9.70 Salvador Allende, der Kandidat der UP, einer aus verschiedenen Linksparteien gebildeten Volksfront, die Präsidentschaftswahlen mit einer relativen Mehrheit von 36,3% gewann.

Schon vorher hatte man, besonders von amerikanischer Seite versucht, diese Wahl zu verhindern. Der Konzern ITT (International Telephone and Telegraph Corporation) bot dem US-Geheimdienst CIA 1 Million Dollar für die Torpedierung der Wahl Allendes. Doch dieser "Antrag" wurde abschlägig beschieden, obwohl nach der Wahl Nixon erklärte, daß die USA diese Art von Regierung nicht billige und entsprechend reagieren werde.

Sofort nach der Wahl und schon vorher setzte in Chile eine Kapitalflucht ein. 15000 Chilenen räumten ihr Bankkonto und

setzten sich ins Ausland ab. Daß dies keine Arbeiter waren, liegt auf der Hand. Denn diese hatten nichts zu verlieren, nur zu gewinnen.

Allende begann sofort sein Wahlprogramm zu realisieren. Ein halbes Jahr nach der Wahl waren Kohlengruben, Kupferbergwerke und Banken nationalisiert. Auf Kupfer war Chile besonders angewiesen, es machte 80% aller Exportgüter aus und mit den damit erlösten Devisen wollte Allende wichtige soziale Reformen finanzieren. Doch bald nach der Vergesellschaftung der Kupferminen, die US-Konzernen gehört hatten, fielen die Weltmarktpreise für Kupfer. (Zufall?!)

Hinzu kam, daß die Nixon-Administration bewilligte Kredite radikal zusammenstrich und unter ihrem Druck die Weltbank Gelder für Chile spernte. Die Militärhilfe allerdings hielt die USA für Chile aufrecht.

Ungeachtet dieser Tatsachen trieb die UP die Reformen voran. Es wurden Arbeitsplätze für rund 300000 geschaffen, die ärztliche Versorgung verbessert, die Kindersterblichkeit von 109 auf 88,1 pro tausend gesenkt, neuer Wohnraum geschaffen. Weiterhin konnte durch Preisstopps und Lohnerhöhungen die Kaufkraft der lohnabhängigen Bevölkerung gestärkt werden. Dies alles führte dazu, daß die Unterstützung für die UP wuchs und sie ihren Stimmenanteil bei den Kommunalwahlen 1971 auf 51,5% steigern konnte.

Anders sah es im Parlament aus. Dort hatte die Opposition, die aus Christ- und Nationaldemokraten bestand, die absolute Mehrheit. Als es anfangs darum ging, die Bergwerke zu verstaatlichen, stimmte sie teilweise zu. Aber von dem Zeitpunkt an, da sie sah, daß die Privilegien der chilenischen Oberschicht ernsthaft bedroht waren, ging sie zur totalen Obstruktion über, d.h. sie blockierte jedes Gesetz, das die UP einbrachte. Um seine Vorhaben doch zu verwirklichen, kramte Allende ein Gesetz aus den 30er Jahren aus. Dieses berechnete den Staat in für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Betriebe Staatstreuhänder einzusetzen, was einer Verstaatlichung gleichkam.

+

1972 geriet Chile in eine wirtschaftliche Krise. Das hatte folgende Gründe:

1. Private Unternehmer hatten, verunsichert durch die Politik der

UP und der ihnen drohenden Verstaatlichung, nicht mehr investiert oder ihre Investitionen stark eingeschränkt. Das bedeutete, daß die Produktions-Kapazitäten der Industrie nicht erweitert wurden und so der Markt nicht auf die (wegen Lohnerhöhungen) gesteigerte Nachfrage mit gesteigertem Angebot reagieren konnte. Die Folge waren Preissteigerungen.

2. Da in Chile 80% der Konsumgüter per LKW transportiert wird, trat durch einen Fuhrunternehmer "streik" eine Güterverknappung ein, was nicht ohne Auswirkung auf die Preise blieb.
3. Durch die Devisenverknappung war es unmöglich, Maschinen, Ersatzteile u.ä. zu kaufen um Chiles Wirtschaft anzukurbeln.
4. Allendes Landreform basierte auf einem Gesetz von Frei. Nach diesem Gesetz aber konnten Großgrundbesitzer 80 Hektar des Landes und das Betriebskapital behalten. Ohne Betriebskapital (Maschinen, Saatgut etc.) konnten die Bauern, die den Betrieb übernahmen, ein Sinken der Produktion und damit ein Steigen der Preise für landwirtschaftliche Güter nicht verhindern.

Gegen die Inflation konnten die Arbeiter sich nur wenig wehren. Einige besetzten Fabriken und brachten die Produkte unter Ausschaltung des Zwischenhandels preissenkend an den Mann. Das war aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In der Bevölkerung kam es immer mehr zu einer Polarisierung (links - rechts). Diese Konfliktsituation wurde kräftig von der faschistischen Organisation "Vaterland und Freiheit" angeheizt. Sie verrichtete ständig Terrorakte wie Anschläge auf Versorgungseinrichtungen und schreckte sogar vor (oft erfolgreichen Attentaten) nicht zurück.

Doch ungeachtet dieser Aktionen und der oppositionellen Propaganda über die meisten Massenmedien konnte die UP im März 1973 bei den Parlamentswahlen einen Stimmenanteil von 43,4% erringen. Damit war das Vorhaben der Opposition gescheitert, mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament die UP legal stürzen zu können.

+

Nun gab die Opposition alle Skrupel auf. Nach den Wahlen verfolgte sie zusammen mit "Vaterland und Freiheit" folgendes Programm (nach "Neue Politik" 8/73):

- Eine neue Welle von Verfassungsklagen gegen Minister; totale Blockade der legislativen Initiativen der UP;

- intensive Propaganda, u.a. gerichtet auf die Streitkräfte, was seine Wirkung nicht verzielen sollte;
- Fortsetzung des Provozierens von Demonstrationen, "Streiks", Attentaten, Sabotagen.

Bis zu den März-Wahlen hatte die Opposition schon 25 erfolgreiche Verfassungsklagen (eine Besonderheit der chilenischen Verfassung) gegen Mitglieder der Regierung eingebracht. Im Mai ging es dann weiter. Die Opposition setzte ab: Wirtschaftsminister Millas, Arbeitsminister Fuigeron, Bergbauminister Bitar - bis zum "tancazo" (von tanc = Panzer) am 29. Juni. Der Putschversuch eines Oberst mit 4 Panzern und 150 Mann wurde zwar schnell niedergeschlagen, kostete aber 22 Tote. Das Ende der Volksfrontregierung zeichnete sich ab.

Nach dem "tancazo" versuchte Allende im Kongreß einen Dialog mit den Christdemokraten, den deren Führer allerdings zunichte machten.

Anfang August lähmte ein neuerlicher "Streik" der Transportunternehmer, dem sich fast der gesamte Mittelstand anschloß, endgültig die Versorgung des Landes.

+

Am Dienstag, den 11. September, stellte eine aus den Oberbefehlshabern der 3 Waffengattungen und der Polizei gebildete Junta Allende ein Ultimatum. Man gab ihm eine Frist von eineinhalb Stunden, in der er zurücktreten sollte. Allende aber forderte über Rundfunk seine Anhänger auf, die Fabriken zu besetzen und ihre Regierung zu verteidigen.

Da schlägt die Junta mit einer nicht geahnten Härte zu, läßt den Präsidentenpalast und besetzte Fabriken bombardieren. In Feuergefechten sterben tausende Chilenen - und ihr Präsident Salvador Allende.

In den folgenden Tagen wird das Parlament "beurlaubt", alle Parteien (auch die, die den Putsch zunächst begrüßt hatten, nämlich die Oppositionsparteien) verboten, der Gewerkschaftsbund aufgelöst usw. Die Junta verfolgt politische Gegner, läßt sie durch Folter und Exekutionen umbringen.

Der Versuch, den humanen Sozialismus auf demokratischem Wege aufzubauen, ist brutal niedergeschlagen worden.

+

FAZIT:

1. Eine besitzende Oberschicht, die sich durch eine Regierung ihrer Privilegien beschnitten sieht, wird mit allen Mitteln dies zu verhindern suchen. Oder allgemein ausgedrückt: Parlamentarische Demokratie wird nur solange vom Kapital geduldet, wie sie seinen Interessen nützt.
2. Durch den gewaltsamen Putsch wurde die orthodox-marxistische These von der Unvermeidbarkeit gewaltsamer Revolutionen als einzig mögliches Mittel zur Überwindung eines kapitalistischen Gesellschaftssystems in ein sozialistisches bestätigt. Dies wird zur Folge haben, daß Befürworter einer Überwindung des kapitalistischen Systems in der Dritten Welt sich zwangsläufig an der 'bolschewistischen' Revolutionstheorie orientieren werden und so als letzte Konsequenz in eine Abhängigkeit von Moskau oder Peking geraten.

Es ist daher unverständlich, daß die sozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte in der westlichen Welt die Regierung Allende nicht massiv unterstützt haben.

Werden sie in Zukunft bei ähnlichen Fällen wieder so handeln, wird in den Ländern der Dritten Welt der Aufbau eines humanen Sozialismus im Keim erstickt und statt dessen ein autoritärer, östlicher Prägung bessere Chancen haben.

christoph birk /
peter eisenburger

Nixon, Frei und Pinochet,
Bis heute, bis zu diesem
Bitter Monat September
Des Jahres 1973

Wie Bordaberry, Garrastazu und
Banzer
Gefräßige Hyänen
unserer Geschichte,

Nagetiere
Die anfressen Fahnen der Freiheit

voll Blut und Feuer
Nun besudelet in ihren Krallen,

Nägelisches Raubzeug, Satrapen,
Tausendfache Ausverkäufer
und Ausverkaufte,

Angestachelt
Von den New Yorker Bestien,
Maschinen gierig nach Qualen,
Befleckt vom Opferblut
ihrer gemarterten Völker

Huren der Handelsherren,
So recht nach Amerikas Dufthauch,
Tolle Abfallköder, Halsabschneider,
Pack

Von Bordellpolitikern - Bossen:
Ihr einziges Recht ist die Folter
Und der Hunger, der ihre Völker
peitscht

Pablo Neruda + 23. 9. 1973

Aus:
Die Wühlmaus 3/1973.
Schülerzeitung des Staatlichen Gymnasiums Westerbürg.
S. 31-36.
<https://www.eisenburger.de/texte/index.html>

Presseerklärung der Jusogruppe Westerbürg vom 14. 9. 73

Solidarität mit dem chilenischen Volk

"Wir, die Jusogruppe Westerbürg, erklären uns solidarisch mit der gestürzten chilenischen Volksfrontregierung.

Das chilenische Volk hatte in freier Wahl eine sozialistische Regierung beauftragt, eine gerechte Gesellschaftsordnung, den Demokratischen Sozialismus, aufzubauen. Präsident Allende überführte Fabriken und Bodenschätze in Besitz des chilenischen Volkes, in dem, abgesehen von den privilegierten Schichten, eine steigende Mehrheit seine Politik befürwortete und unterstützte.

Schon lange hatte das internationale Kapital seine Interessen bedroht gesehen und versuchte nun planmäßig, zusammen mit dem US-Geheimdienst CIA sowie rechten und faschistischen Organisationen in Chile, das Land in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen. Als dieser Versuch gelungen war, wurde Allende vom Militär, hinter dem vor allem das US-Großkapital steht, gestürzt und wie tausende andere erschossen.

Wir Jungsozialisten sehen unsere Meinung bestätigt, daß die parlamentarische Demokratie vom Kapital nur so lange geduldet wird, wie sie seinen Interessen nützt. Daß man eine demokratische Gesellschaft nur errichten und ausbauen kann, wenn international das kapitalistische System überwunden wird.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Beziehungen zur Militärjunta einzufrieren und sich nur um humanitäre Hilfe zu bemühen, die dem Volk zugute kommt. Die einzige rechtmäßige Regierung Chiles ist die verfassungsmäßig gewählte."

Aus:

Die Wühlmaus 3/1973.

Schülerzeitung des Staatlichen Gymnasiums Westerbürg.

S. 72.

<https://www.eisenburger.de/texte/index.html>